

Hintergrundpapier

Nr. 22 / Dezember 2010

Außen- und Sicherheitspolitik in Asien – Der Pentagonbericht zur militärischen Entwicklung der Volksrepublik China

Dr. Sebastian Braun
Martin Hoeck
Christian Blume

Der im August 2010 veröffentlichte jährliche Pentagonbericht zur militärischen Entwicklung Chinas hat hohe Wellen geschlagen. Er wurde von chinesischer Seite als Provokation empfunden und mit lautstarkem Protest quittiert. Stein des Anstoßes: Die Autoren des Pentagonberichts kritisieren einen Mangel an Transparenz bei den Rüstungsausgaben und der militärischen Strategie der Volksrepublik. Zudem bekräftigen die USA darin ihre Unterstützung für Taiwan. Peking antwortet mit massiver Aufrüstung, die über Taiwan hinausreichende globale Ambitionen verrät. Die Außenpolitik Chinas ist derweil von zunehmendem Selbstbewusstsein gegenüber seinen direkten Nachbarn gekennzeichnet, was zu vermehrten internationalen Spannungen führen wird.

Einleitung

Die Volksrepublik China hat in den vergangenen beiden Dekaden einen rasanten Aufstieg erlebt. Dies beruht besonders auf dem wirtschaftlichen Aufschwung und den kontinuierlich hohen Wachstumsraten. China etabliert sich langfristig als regionale und internationale Wirtschaftsmacht, was dem „Reich der Mitte“ nicht nur mehr politische Bedeutung einbringt, sondern auch dessen militärische Entwicklung begünstigt. Laut dem Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI) sind die jährlichen militärischen Ausgaben Chinas zwischen 1989 und 2009 von 16,3 Milliarden US-Dollar auf 98,8 Milliarden US-Dollar angestiegen.¹

¹ Siehe hierzu die Datenbank des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), das die militärischen Ausgaben eines Staates in der jeweiligen Landeswährung sowie in US-Dollar angibt. (<http://milexdata.sipri.org/> [02.12.2010]). Die genauen Erläuterungen, was unter den militärischen Ausgaben verstanden wird, können unter folgendem Link abgerufen werden: http://www.sipri.org/research/armaments/milex/resultoutput/sources_methods/definitions [02.12.2010].

Dass davon die bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik und den USA nicht unbeeinträchtigt bleiben, liegt auf der Hand. Während Washington seinen Supermachtstatus nach wie vor global vertritt und sich den Staaten Asiens als Sicherheitsgarant anbietet,² rüstet Peking militärisch massiv auf und baut seinen Einfluss in der Region langsam aber sicher aus. Es akzeptiert dabei immer weniger den hegemonialen Anspruch der USA, missachtet bzw. legt internationales Seerecht einseitig zu seinen Gunsten aus und verfährt gegenüber den asiatischen Nachbarstaaten mit zunehmender Selbstsicherheit nach dem „Zuckerbrot-und-Peitsche-Prinzip“. Dagegen wächst Pekings internationales Engagement auch im positiven Sinne, wie z.B. bei humanitären Hilfseinsätzen. Ähnlich wie in anderen Staaten ist auch die chinesische Führung von unterschiedlichen Strömungen geprägt und das Verhältnis zu den USA muss langfristig keines der Rivalität sein, wie Barack Obama es ausgedrückt hat. Schließlich profitieren beide Seiten von der sich vertiefenden bilateralen wirtschaftlichen Verflechtung.

Für die Nachbarstaaten Chinas ist der steigende Einfluss der Volksrepublik ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite umgarnt Peking die ASEAN-Staaten³ mit milliardenschweren Investitionen und öffnet seinen Markt für deren Exporte. Andererseits lässt Peking die Muskeln spielen und macht mit unmissverständlichen Signalen klar, dass es auch über die militärischen Mittel zur Durchsetzung seiner partikularen nationalen Interessen verfügt. Korea, Japan, Australien, Indien und die ASEAN-Staaten stellen das maßgebende Spielfeld der internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts dar, in dem die Austarierung der hegemonialen Machtansprüche Amerikas und Chinas vornehmlich stattfinden wird. Dabei lässt China einen selektiven und pragmatischen Multilateralismus walten.

Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung mit der militärischen Strategie Chinas auch für deutsche Außenpolitiker unerlässlich. Der vorliegende Pentagonbericht stellt diesbezüglich eine wichtige Informationsquelle dar. Seine zentrale Aussage findet sich in der vorangestellten Kurzzusammenfassung (executive summary):

„Earlier this decade, China began a new phase of military development by articulating roles and missions for the People's Liberation Army (PLA) that go beyond China's immediate territorial interests.“

Die mit Hochdruck vorangetriebene Modernisierung und Erweiterung der chinesischen Streitkräfte sind somit als Ausdruck eines neuen chinesischen Selbstverständnisses zu werten. Die Volksrepublik akzeptiert in wachsendem Maße die ihr zuteilwerdende Rolle als aufstrebende Weltmacht und versucht diesen Anspruch militärisch zu untermauern. Das beinhaltet wie bereits erwähnt humanitäre Einsätze zur Friedenssicherung und bei Naturkatastrophen sowie Anti-Piraterie-Maßnahmen. Darüber hinaus verfolgt Peking „Anti-access“- und „Area-denial“-Strategien, welche auf eine Zugangsverhinderung feindlicher Mächte in der von Peking unilateral definierten Einflusszone abzielen. Zwar hat die seit mehreren Jahren verfolgte massive Aufrüstung zu einer substantiellen Stärkung der Streitkräfte geführt, doch bleiben die Fähigkeiten Chinas zur globalen Machtprojektion bis dato unterentwickelt.

² Rechtliche Grundlage hierfür ist der Taiwan Relations Act von 1979. Er verpflichtet die USA gesetzlich *nicht* dazu, Taiwan bei der Verteidigung gegen einen möglichen chinesischen Einmarsch zu unterstützen. Die amerikanische Außenpolitik ist vielmehr von einer „strategischen Ambiguität“ gekennzeichnet, derzufolge die USA weder leugnen noch bestätigen, dass sie im Falle eines Krieges intervenieren würden.

³ ASEAN steht für „Association of Southeast Asian Nations“ und umfasst die zehn Länder Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.

In Bezug auf Taiwan fällt das Urteil der Pentagonexperten lakonisch aus: „The balance of cross-strait military forces continues to shift in the mainland's favour.“ Die Volksrepublik betreibt zwar eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Taiwan, doch weitet sich der militärische Vorsprung des Festlandes gegenüber der „abtrünnigen“ Insel immer weiter aus. Der von chinesischer Seite wiederholte Abbruch der bilateralen militärischen Austauschprogramme mit den USA infolge der amerikanischen Unterstützung für Taiwan sei nicht konstruktiv, da „anhaltende und verlässliche amerikanisch-chinesische Militär-zu-Militär-Beziehungen [...] Misstrauen reduzieren, gegenseitiges Verständnis fördern und Kooperation intensivieren.“

Zwar seien bescheidene Verbesserungen in Sachen Transparenz und Sicherheitspolitik der Volksrepublik zu konstatieren. Es bleibt aber nach wie vor ein großes Maß an Undurchsichtigkeit bestehen, was das „Potential für Missverständnisse und Misskalkulationen“ erhöht. Die USA sehen sich demnach weiterhin in der Verantwortung, die militärischen Entwicklungen Chinas zu beobachten und Konfliktabschreckung zu betreiben („deter conflict“). Durch die Vorwärtsstationierung der amerikanischen Streitkräfte, technologischen Fortschritt und die Stärkung von Allianzen und bilateralen Partnerschaften, demonstriert das US-Verteidigungsministerium seinen Willen und seine Fähigkeit, Frieden und Stabilität im Asien-Pazifik-Raum aufrecht zu erhalten, so die Verfasser des Pentagonberichts.

Die Ambivalenz chinesischer Erstarkung stellt den Grundtenor des Pentagonberichts dar. Er benennt zwar in moderatem Ton offen Kritikpunkte am Verhalten der chinesischen Führung, erwähnt aber im gleichen Atemzug Gemeinsamkeiten für eine vertiefte bilaterale Kooperation. Es ist anzunehmen, dass die vertrauliche Version des Pentagonberichts, der in zweifacher Ausführung erstellt wurde, mehr ins Detail geht hinsichtlich der amerikanischen Strategie gegenüber der Volksrepublik und heiklen militärischen Informationen über die chinesischen Streitkräfte. Es wird allerdings kein allzu großes Maß an Zurückhaltung geübt, so dass der Pentagonbericht im Großen und Ganzen eine interessante Lektüre für Chinaexperten und interessierte Laien darstellt.

Der Titel des 83 Seiten umfassenden Pentagonberichts lautet „Military and Security Developments Involving the People's Republic of China“⁴. Er wurde am 16. August 2010 veröffentlicht und gilt als Bestandsaufnahme der Entwicklungen des vergangenen Jahres, wobei vorangegangene relevante Ereignisse nicht ausgespart werden. Der Bericht besteht aus sechs Kapiteln, die hier im Einzelnen betrachtet werden.⁵ Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der militärischen Entwicklung, die seit dem Erscheinen des vorherigen Berichtes im vergangenen Jahr stattgefunden hat. Es schließt sich die Analyse der militärischen Ziele und Strategien Chinas an. Dann folgen zwei Kapitel über die Ziele und den Ablauf der Modernisierung der Volksbefreiungsarmee Chinas und die dazu benötigten Ressourcen. Anschließend wird der brisanteste Konfliktpunkt betrachtet: die Sicherheit Taiwans. Dieser Aspekt gewinnt aufgrund der Sicherheitsgarantie der USA gegenüber Taiwan besondere internationale Bedeutung. Der Bericht endet mit der Darstellung der bilateralen militärischen Kontakte zwischen den USA und China.

⁴ Der komplette Bericht ist unter folgendem Link verfügbar:
http://www.defense.gov/pubs/pdfs/2010_CMPR_Final.pdf [02.12.2010].

⁵ Normalerweise wird der Bericht früher veröffentlicht, aber aufgrund der Spannungen im Taiwan-Waffenlieferungskonflikt verzichtete die USA auf eine pünktliche Veröffentlichung, da dies die Situation zusätzlich aufgeheizt hätte.

Im Folgenden wird der Inhalt des Pentagonberichts wiedergegeben. Lediglich da, wo andere Quellen angeführt werden, weicht die Darstellung von dem amerikanischen Staatsdokument ab. In der Schlussbemerkung legen die Autoren ihre persönliche Einschätzung dar.

Pentagonbericht: Kapitel 1 – Jährliche Entwicklung

Das erste Kapitel gibt einen ausführlichen Überblick über die militärischen Entwicklungen Chinas in den vergangenen Jahren mit besonderem Fokus auf das Jahr 2009. Es beinhaltet die Taiwan-Frage, Veränderungen des Umfangs, der Stationierung, Ausrüstung und Doktrin der Volksbefreiungsarmee, Chinas legale und illegale Bemühungen zur Beschaffung neuer Technologien (einschließlich zur weltraumgestützten und internetbasierten Kriegsführung), die militärischen Beziehungen Chinas zu anderen Staaten, die Rolle der Volksrepublik als Waffenexporteur sowie die bilaterale amerikanisch-chinesische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik.

Im vergangenen Jahr wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die beruhigend auf den Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Taiwan wirkten. Unter der KMT-Regierung von Taiwans Präsident Ma Ying-jeou entspannte sich die Situation entscheidend, ohne dass sich jedoch die direkte Militärpräsenz Chinas verringerte – im Gegenteil. Das Gros seiner modernsten Waffensysteme stationiert Peking an der Küste zu Taiwan. Auch der wirtschaftliche Austausch intensivierte sich und China zeigte höhere Flexibilität bezüglich Taiwans internationalem Status, ohne jedoch von der „Ein-China-Politik“ abzuweichen.⁶ Bereits im Dezember 2008 hielt Chinas Präsident Hu Jintao eine Rede, in der er mehr Flexibilität in Sachen Taiwan signalisierte. Die Tat auf diese Ankündigung folgte im Mai 2009 als China nicht gegen Taiwans Teilnahme als Beobachter an der World Health Assembly protestierte. Peking und Taipeh setzen zudem ihre Verhandlungen über ein wirtschaftliches Abkommen („Economic Cooperation Framework Agreement“) 2009 fort. Im Mai 2009 äußerte der Vorsitzende des Taiwan Affairs Office der Volksrepublik Pekings Bereitschaft zu vertrauensbildenden Maßnahmen im militärischen Bereich. Wang Yi erläuterte, dass das Ignorieren von heiklen politischen und militärischen Fragen zu einer Blockade der bilateralen Gespräche führen könnte.

Die Autoren des Pentagonberichts halten weiter fest, dass China eine ungebrochen intensive Modernisierung seiner verschiedenen Teilstreitkräfte betreibt. Im Bereich der ballistischen Raketen und Marschflugkörper besitzt Peking das größte aktive Programm weltweit, wobei neue Klassen, besonders im offensiven Bereich, erforscht und getestet werden. Gleichzeitig sind defensive Raketensysteme in der weiteren Entwicklungsphase. Bei den Seestreitkräften sind vor allem zwei Entwicklungen wichtig: Der Marinestützpunkt auf den Hainan Inseln ist fast fertig gestellt und erlaubt China einen besseren Zugang zur Südchinesischen See. Bis zu fünf neue atomgetriebene U-Boote sollen kurz- bis mittelfristig angeschafft werden. Chinas U-Boot-Flotte ist bereits jetzt die größte in Asien. Zudem arbeitet Peking intensiver an seinem Flugzeugträgerprogramm, was bis 2015 den ersten von chinesischer Hand erbauten Flugzeugträger realisieren soll. Bei den Luftstreitkräften werden hauptsächlich die alten Flugzeugmodelle stetig modernisiert, so dass die Luftwaffe ebenfalls leistungstärker geworden ist. Die vorrangig dabei verfolgten Ziele bleiben weitreichende Machtprojektion sowie „anti-access“ und „area-denial“.

⁶ Die Volksrepublik China betrachtet neben dem Festland, Macau und Hongkong auch die Republik China auf der Insel Taiwan als Territorium der Volksrepublik. Diese Festlegung, dass auch das „abtrünnige Taiwan“ umfasst, wird auch „Ein-China-Politik“ genannt.

Das Heer der Volksbefreiungsarmee wird vor allem mit neuen Fahrzeugen ausgestattet, wodurch die Schlagkraft und die Mobilität erhöht werden. Die Armee besteht aus 1,25 Millionen Bodentruppen, die durch 500.000 Reservisten verstärkt werden können. In Kriegszeiten besteht auch die Möglichkeit eine große Bürgerwehr zu mobilisieren, die jedoch von zehn Millionen auf acht Millionen bis Ende 2010 reduziert werden soll. Ein Ausbildungsschwerpunkt liegt bei sogenannten „non-war missions“, wie Terrorismusabwehr, Katastrophenschutz und internationalen Friedensmissionen.

Weiteres Ziel der Ausbildungsmaßnahmen ist eine verbesserte Koordinierung und Zusammenarbeit der Teilstreitkräfte. Die chinesischen Strategen sehen in der „Informatization“ und in „Joint Operations“ die ausschlaggebenden Faktoren für ein modernes und schlagkräftiges Militär. Mit „Informatization“ ist die zunehmende Umstellung auf technologisch hochwertige und computergesteuerte Waffensysteme gemeint. Gemeinsame Operationen von verschiedenen Teilstreitkräften, etwa Heer und Luftwaffe, sollen hohe Effektivität sicherstellen und das Bild einer modernen Militärmacht abrunden.

Der Pentagonbericht erwähnt zudem die nach wie vor bestehende Abhängigkeit Chinas von ausländischer militärischer Technologie. Peking versucht auf vielfältige Weise diese Entwicklungslücken zu schließen. Es greift dabei auf ein großes und dichtes Netzwerk aus Firmen, Waffenfabriken, Forschungsinstituten und Computernetzwerkoperationen zurück. Viele der Unternehmen und Institute, die den militärisch-industriellen Komplex Chinas ausmachen, haben duale militärische und zivile Funktionen. Oft werden duale Technologien mit militärischen Anwendungsmöglichkeiten unter dem Deckmantel der zivilen Forschung akquiriert. Peking schreckt auch vor direkter Industriespionage nicht zurück, was drei 2009 bekannt gewordene Fälle belegen.

Die Entwicklungen im Bereich der militärischen Weltraumnutzung und des sogenannten „Cyberwarfare“, also der internetbasierten Kriegsführung, werden von China mit Hochdruck vorangetrieben. Der Nutzen liegt in der Informationsgewinnung und im Kriegsfall in der satellitengestützten Navigation bzw. in der Vereitelung derselben beim Kriegsgegner. 2009 startete Peking unter anderem einen Navigationssatelliten und plant zwischen 2015-2020 ein flächendeckendes Satellitennetz für militärische und zivile Verwendung aufzubauen. Die Entwicklungsarbeiten zu einer neuen leistungsstarken Rakete, welche die doppelte Last bisheriger Raketen in den Orbit transportieren kann, laufen weiter. 2008 begannen die Bauarbeiten für eine Abschussrampe dieser Long-March-V-Raketen auf der Insel Hainan. Auch in der Cyberkriegsführung macht China beträchtliche Fortschritte. 2009 fanden zahlreiche scheinbar von China ausgehende Hackerattacken statt, von denen auch die amerikanische Regierung betroffen war. Es ist jedoch unklar, so die Verfasser des öffentlichen Pentagonberichts, wer in der Volksrepublik hinter den Angriffen stand. Ein kanadischer Computerexperte entdeckte zudem im vergangenen Jahr ein elektronisches Spionagenetzwerk, das allen Anzeichen nach seinen Ursprung in China hatte und mehr als 1300 Computer in 103 Ländern infizierte.

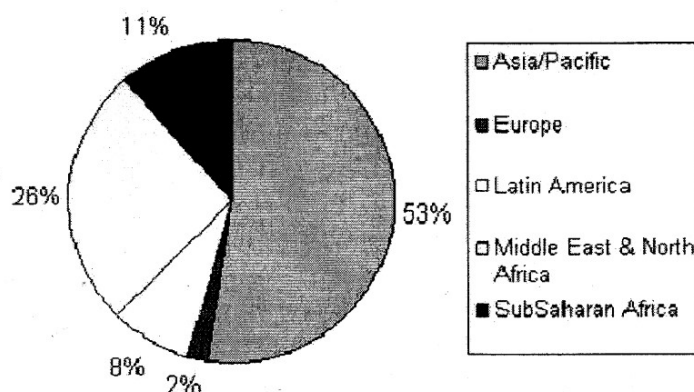
Außerdem versucht China durch sein Engagement bei UN-Friedensmissionen im Ausland Vertrauensbildung und Imagepflege zu betreiben. Der von Peking viel beschworene friedvolle Aufstieg der chinesischen Nation soll so politisch demonstriert und dabei entstehenden Ängsten entgegen gewirkt werden. Dies geschieht auf vielfältige Weise. So machte die chinesische Marine 2009 ihr 10.000 Tonnen Sanitätsschiff erstmals fremden Marineeinheiten in einem Einsatztraining zugänglich. Im Golf von Aden, der zwischen Afrika und Asien in dem trichterförmigen Meeresgolf zwischen dem Horn von Afrika und der arabischen Halbinsel liegt und wo Piraterie ein hartnäckiges Problem darstellt, patrouilliert die chinesische Marine seit 2008. Im Juli 2009 kündigte das chinesische Verteidigungsministerium an, die Beziehungen mit seinen ausländi-

schen Pendants auszubauen. Militärattachés in 109 Ländern, die Entsendung von mehr als 100 Militärdelegationen, der Empfang von mehr als 200 Besucherdelegationen, hochrangige strategische Konsultationen sowie Studienreisen für Junioroffiziere sollen zur Vertrauensbildung beitragen. Die Teilnahme der Volksbefreiungsarmee an bilateralen und multilateralen Militärübungen wird ebenso zunehmen. 2009 nahm China an einer von Pakistan organisierten multilateralen Marineübung teil. Andere Partnerländer für gemeinsame Militärmanöver waren 2009 Gabun (Sanitätskräfte), Singapur (Anti-Terror), die Mongolei (Peacekeeping) und Russland (Anti-Terror). Seit 2002 beteiligt sich China in wachsendem Maße an Friedensmissionen der VN. Momentan sind mehr als 2100 Soldaten der Volksbefreiungsarmee in VN-Missionen tätig und im Ganzen sind 12.000 chinesische Soldaten in 22 Missionen eingesetzt. Damit stellt die Volksrepublik mittlerweile das größte Truppenkontingent für friedenserhaltende Missionen unter den fünf ständigen Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates.

Weniger rühmlich sind die Bestrebungen der Volksrepublik zu einem führenden Waffenexporteur zu werden. Peking ignoriert dabei oft die innenpolitischen Verhältnisse des Empfängerlandes und trägt so z.B. in den fragilen Staaten Afrikas zur Konfliktausweitung und Verletzung von Menschenrechten bei. Der Pentagonbericht erwähnt dies jedoch nicht.

Angetrieben wird China beim Waffenexport von den immensen Kosten, die durch die Modernisierung seiner Streitkräfte verursacht werden. Allerdings befindet sich die chinesische Rüstungsindustrie noch nicht auf dem hoch technologisierten Niveau, auf dem die USA und Europa operieren. So verkauft die Volksrepublik in erster Linie konventionelle Niedrigkostenwaffen an Entwicklungsländer. Von 2005 bis 2009 erwirtschaftete China 8 Milliarden US-Dollar mit diesen Verkäufen. Als politisches Mittel haben chinesische Waffenverkäufe aufgrund der bis dato mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Rüstungsindustrie eher an Gewicht verloren. Dennoch werden auf diese Weise die Beziehungen zu manchen Staaten nach wie vor kultiviert. So z.B. im Falle Pakistans.

China's Worldwide Arms Sales 2005-09



Quelle: Pentagonbericht 2010

Die bilateralen militärischen Beziehungen der USA und China folgen einem ständigen Auf-und-Ab. Stets werden neue Kontaktabbrüche durch taiwanfreundliche Akte der USA und die damit einhergehende virulente Reaktion Pekings konterkariert. Zuletzt kühlten sich die Beziehungen wieder im Januar 2010 ab, nachdem die Obama-Regierung öffentlich erklärt hatte, dass sie defensive Waffen und Ausrüstung an Taiwan liefern würde. Dennoch verbesserte sich 2009 das bilaterale Verhältnis insgesamt. Die erste Runde des US-China Strategic and Economic Dialogue fand im Juli statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Herausforderungen und Chancen der bilateralen Kooperation beider Staaten. Hochrangige Regierungsvertreter auf beiden Seiten waren bei den Gesprächen anwesend. Einig war man sich in Bezug auf die Notwendigkeit solcher Treffen. Beide Seiten verpflichteten sich zudem, die globale Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zu stärken (Nonproliferation) und in Sicherheitsfragen von beiderseitigem Interesse, wie Nordkorea, Iran, Afghanistan, Pakistan und Sudan, ernsthafte Zusammenarbeit anzustreben.

Pentagonbericht: Kapitel 2 – Chinas Strategie verstehen

Das zweite Kapitel des Pentagonberichts beleuchtet die Militärstrategie der Volksrepublik. China publiziert keine expliziten Strategiepapiere wie die amerikanische *National Security Strategy*, *National Defense Strategy* oder *National Military Strategy*. Vielmehr müssen Chinabeobachter auf einzelne staatliche Weißbücher, öffentliche Reden und Zeitungsartikel rekurrieren, um sich ein Bild von der Militärstrategie Pekings zu machen. Die Autoren des Pentagonberichts konstatieren zwar, dass das Untersuchen der chinesischen Militärstrategie eine unexakte Wissenschaft bleibt, gehen aber zugleich davon aus, dass Verallgemeinerungen aufgrund bzw. mithilfe von Tradition, historischen Verhaltensmustern, offiziellen Äußerungen, staatlichen Veröffentlichungen, militärischen Handlungsoptionen sowie diplomatischen Initiativen realiter möglich sind.

Zur Verbesserung der eigenen Transparenz publiziert das chinesische Verteidigungsministerium ein zweijähriges Verteidigungsweißbuch und rief 2009 eine eigene Internetseite ins Leben. Das neueste verfügbare Weißbuch⁷ ist datiert von 2008 und fasst Chinas verteidigungspolitischen Schwerpunkte zusammen: nationale Sicherheit, nationaler Zusammenhalt, wirtschaftliche Entwicklung, koordinierter und nachhaltiger Aufbau der nationalen Verteidigung, „Informatization“ der Streitkräfte als Maßstab für deren Effektivität, die Implementierung der Strategie der „aktiven Verteidigung“, eine auf Selbstverteidigung ausgerichtete Nuklearstrategie sowie die Pflege eines Peking-freundlichen Sicherheitsumfeldes.

Zunächst besprechen die Autoren des Pentagonberichts Chinas strategische Prioritäten oder die großen Leitlinien der chinesischen Sicherheitspolitik. Daran schließen sie eine Diskussion der eigentlichen Militär- bzw. Gefechtsstrategie der Volksrepublik an. Die chinesische Führung scheint ihre nationale Beschlussfindung auf eine Reihe von Prioritäten zu basieren, welche die Perpetuierung des Machtmonopols der KP, ökonomisches Wachstum und Entwicklung, innenpolitische Stabilität, Chinas nationale Integrität und Souveränität sowie den Großmachtstatus der Volksrepublik umfassen, so die Autoren. In einer Abkehr von älterem Sprachgebrauch unterstreicht das Weißbuch von 2008 den Willen Pekings, seine nationalen Interessen mit Nachdruck zu vertreten und eine aktivere Rolle in der Schlichtung von Konflikten und bei der Förderung regionaler Kooperation zu spielen:

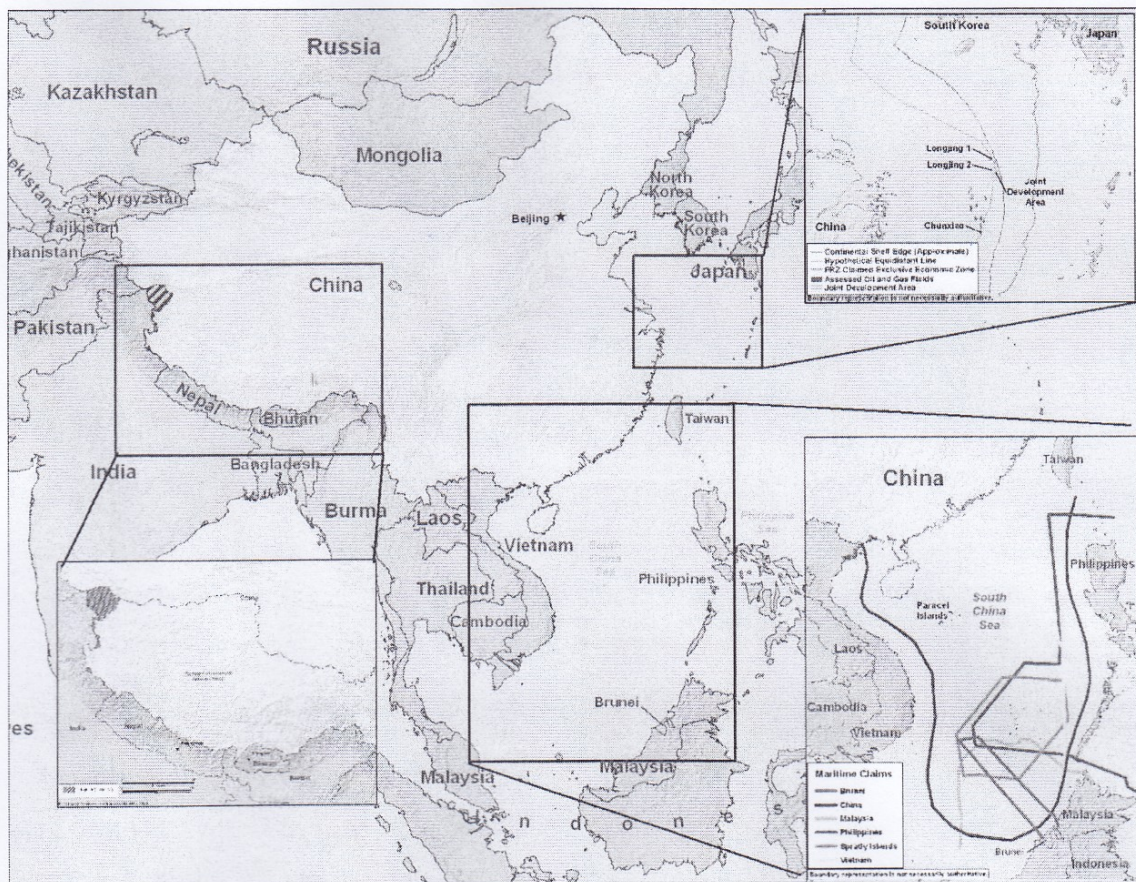
⁷ Der komplette Bericht „China's National Defense 2008“ ist unter folgendem Link abrufbar:
http://www.china.org.cn/government/central_government/2009-01/20/content_17155577.htm [02.12.2010]

„China has become an important member of the international system and the future and destiny of China have been increasingly closely connected with the international community. China cannot develop in isolation from the rest of the world, nor can the world enjoy prosperity and stability without China.“

Dass es aber auch Kräfte oder Tendenzen gibt, welche sich mitunter dem direkten Einfluss der KP entziehen und den Fokus der chinesischen Außenpolitik auf die Innenpolitik des Landes sowie die Volksrepublik von einem friedvollen auf einen bellizistischen Pfad lenken könnten, leiten die Autoren des Pentagonberichts aus den mannigfaltigen Herausforderungen ab, welchen Peking gegenübersteht. Diese Unsicherheitsfaktoren sind die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, Nationalismus, Innenpolitik, Demographie, Umweltverschmutzung, das Verhältnis zu Taiwan sowie regionale Faktoren.

Die Verfasser des Pentagonberichts nennen somit vor allem innenpolitische Entwicklungen (wirtschaftlicher, ökologischer, demographischer etc. Art) als wichtige Unsicherheitsfaktoren in Bezug auf das außenpolitische Verhalten der Volksrepublik. Der systemimmanente Mangel an Responsivität, Transparenz und Rechtsstaatsbewusstsein unter KP-Funktionären wird oft durch ein erhöhtes Maß an Repression kompensiert. Auf diese Weise hergestellte innenpolitische Stabilität ist allerdings brüchig und die Gefahr, dass entsprechende Strategien in der Außenpolitik Verwendung finden, ist groß.

Die Kaprizierung auf eine einzige Quelle politischer Legitimität – wirtschaftliches Wachstum –, macht die chinesische Führung abhängig von Schwankungen in diesem Bereich und stellt sie theoretisch zur Disposition bei Nichtlieferung ökonomischer Ressourcen. Der dadurch entstehende politische Druck auf Peking kombiniert mit unbeeinflussbaren Unwägbarkeiten auf dem Weltmarkt, kann zu einem negativen Wandel der Außenpolitik der Volksrepublik führen. Demographische Entwicklungstendenzen – allen voran die Überalterung der chinesischen Gesellschaft aufgrund der Ein-Kind-Politik – und Umweltzerstörung gefährden das Wirtschaftswachstum und somit die politische Stabilität der Volksrepublik. Unter derartigen Bedingungen kann die KP versucht sein, die nationalistische Karte zu spielen. Dies würde von innenpolitischen Problemen ablenken. Doch jede Art von Aufwallungen des chinesischen Volkes ist ein zweischneidiges Schwert für die KP, da dadurch eine Konditionierung der Zivilgesellschaft in Richtung politischer Einflussnahme stattfindet.



Karte 1.1: Die größten Territorialstreitigkeiten zwischen China und seinen Nachbarn liegen an der Grenze zu Indien und Bhutan, in der Ostchinesischen und in der Südchinesischen See.⁸

In regionaler Hinsicht bleiben den Autoren des Pentagonberichts zufolge die „Krisenherde“ Nordkorea, Spratly-Inseln, Senkaku-Inseln, Afghanistan und Pakistan Unsicherheitsfaktoren. Auch die Sicherheit von maritimen Handelswegen und der Zugang zu Rohstoffen sind von außerordentlicher Bedeutung für Peking und könnten Ursache für militärische Aktionen sein. Territorialstreitigkeiten (siehe Karte 1.1) mit den Nachbarstaaten könnten die gesamte Region destabilisieren.

⁸ Quelle der Karte: Pentagon Report 2010: Military and Security Developments Involving the People's Republic of China, S. 16. (http://www.defense.gov/pubs/pdfs/2010_CMPR_Final.pdf [02.12.2010]).

Die Territorialstreitigkeiten Chinas

Chinas Streitigkeiten um Grenzen und Territorien sind seit langem ein Problem und nach wie vor ungelöst. Einige dieser Dispute führten direkt zu Krieg, so z.B. 1962 mit Indien und 1979 mit Vietnam. Inzwischen zeigt sich die Volksrepublik insgesamt kompromissbereiter und scheint sich friedlichen Lösungen nicht grundsätzlich zu verschließen. So hat China seit 1998 sogar insgesamt elf Streitigkeiten mit sechs seiner Nachbarn beigelegt. Aber einige der Konflikte dauern noch an und haben nicht selten Gebiete mit großen Mengen an vermuteten Rohstoffen zum Streitpunkt.

Im Jahr 2009 spielten drei der Streitigkeiten eine größere Rolle. Um etwa 200 Milliarden Kubikmeter Gas und bis zu 100 Milliarden Barrel Öl geht es im Ostchinesischen Meer zwischen China und Japan. Im Juni 2008 einigten sich beide Staaten auf die gemeinsame Erkundung dieser Rohstofffelder. Anfang 2009 beschuldigte Japan aber die Volksrepublik, Rohstoffe von der japanischen Seite entnommen zu haben. Zudem hielt der Streit über die von Japan als „Senkaku“ bezeichneten Inseln weiter an. Beide Seiten versicherten jedoch, dass diese Streitigkeiten ihre Gesamtbeziehungen nicht belasteten.

Im Südchinesischen Meer dauert ein weiterer territorialer Disput um die Spratly und Paracel Inseln an. Diese Inselgruppen werden ganz oder teilweise von China, Brunei, den Philippinen, Malaysia, Indonesien, Vietnam und Taiwan beansprucht. Sie sind vor allem aus Sicherheitsaspekten, besonders für Handelswege, wichtig und zudem werden dort zahlreiche Öl- und Gasvorkommen vermutet. 2009 wies China zum wiederholten Mal die diesbezüglichen Ansprüche von Malaysia und Vietnam zurück und reklamierte die Inseln und die umliegenden Gewässer für sich.

Der dritte große Territorialstreit von 2009 fand mit Indien seine Fortsetzung. Trotz verstärkter politischer und wirtschaftlicher Verflechtungen blieben die Spannungen an der bilateralen 4.057 km langen Grenze. Besonders der indische Bundesstaat Arunachal Pradesh und die unter chinesischer Verwaltung stehende Region Askai Chin sind im Fokus des Grenzkonflikts beider Staaten. Dabei unterstrichen Peking und Delhi 2009 ihre Ansprüche auf die Arunachal Pradesh Region. So versuchte China einen Kredit der „Asian Development Bank“ an Indien in Höhe von 2,9 Milliarden US-Dollar zu blockieren. Grund war, dass Indien das Geld für Wasserprojekte in Arunachal Pradesh benutzen wollte und das Gebiet von China beansprucht wird. Daraufhin hat Indien seine Militärpräsenz in dem Gebiet erhöht. Delhi begründete diese zusätzliche Truppenstationierung mit der Analyse eines indischen Wissenschaftlers, wonach China 2008 insgesamt 270 Grenzverletzungen und annähernd 2.300 Fälle von „aggressiver Grenzpatrouille“ begangen habe.

Das Pentagon zeigt sich grundsätzlich aber überzeugt, dass China bestrebt ist, Spannungen mit anderen Großmächten zu vermeiden oder auf nicht-militärischem Wege zu lösen, um den eigenen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg nicht zu gefährden. Pekings internationaler Handlungsspielraum hat sich in Folge der rasanten Entwicklung des Landes signifikant vergrößert. Die enorme Zunahme des politischen Gewichts der Volksrepublik macht sich sowohl im multilateralen als auch bilateralen Rahmen zunehmend bemerkbar.

Chinas Regionale Energiestrategie

China hat sein Engagement und seine Investitionen im Energiebereich stark ausgebaut und ist mit Energieprojekten in mehr als 50 Ländern weltweit aktiv. Ziel ist dabei die langfristige Sicherung von Energieressourcen (besonders Öl und Gas) und der direkte Zugang zu diesen Rohstoffen. Zudem möchte sich China stabile Importwege schaffen, da die Volksrepublik wegen des zunehmenden Bedarfs in Zukunft noch mehr auf Öllieferungen aus dem Ausland angewiesen sein wird. Bis 2030 wird vermutlich 80% des benötigten Öls importiert werden. Zum Vergleich dazu waren es 2008 noch 56%.

Da 2008 etwa 80% der chinesischen Ölimporte über die Meerenge von Malakka geliefert wurden, möchte Peking sicherere Landwege für den künftigen Transport erschließen. Dazu soll eine Pipeline aus Kasachstan erweitert werden, der Bau einer neuen Pipeline aus Sibirien wurde im Mai 2009 begonnen und eine neue Pipeline aus Birma/Myanmar ist in Planung. Dennoch wird China weiterhin auf Seetransporte angewiesen bleiben. Der stetig steigende Ölbedarf kann nur mit Importen aus dem Persischen Golf, Afrika und Nordamerika gedeckt werden.

Da China bisher an keine internationale Erdgas-Pipeline angeschlossen ist, finanziert die Volksrepublik jetzt den Bau einer Pipeline aus Turkmenistan und plant weitere Pipelines aus Birma/Myanmar und Russland.

Durch diese Projekte ist China zu einem sehr wichtigen Wirtschaftsfaktor in vielen Ländern geworden. Pekings Energiestrategie beeinflusst auch die militärischen und sicherheitspolitischen Erwägungen der Volksrepublik.

Liest man zwischen den Zeilen des Pentagonberichts, so kann man erkennen, dass Peking seine nationalen Interessen immer stärker unter Missachtung von oder Indifferenz gegenüber den Bedürfnissen anderer Staaten verfolgt. Das macht internationale Spannungen unvermeidbar, selbst wenn die KP vordergründig derartiges vermeiden möchte. Dass zunehmendes Säbelrasseln von chinesischer Seite möglich ist, zeigen darüber hinaus die Wortmeldungen von hochrangigen chinesischen Militärs. Beobachter konstatieren eine steigende Einflussnahme im politischen Entscheidungsprozess durch die Volksbefreiungsarmee, was den diplomatischen Bestrebungen der KP abträglich ist. Chinesische Generäle fallen in zunehmendem Maße mit aggressiver Rhetorik auf, die mitunter Äußerungen von chinesischen Ministern kalkuliert konterkariert.⁹

Die größte militärische Bedrohung besteht aus der Sicht der Pentagonmitarbeiter nach wie vor in dem Konflikt um Taiwan. Peking betrachtet die dem Festland vorgelagerte Insel seit der Revolution von 1949 als abtrünnige Provinz und strebt eine Wiedervereinigung zu seinen Bedingungen an. Dies lehnt Taiwan strikt ab und die USA sehen sich als Schutzmacht Taiwans.¹⁰ Sollte Taipeh die Unabhängigkeit erklären, wäre Peking genötigt, militärisch einzugreifen. Auch wenn sich die Beziehungen zwischen Peking und Taipeh in den vergangenen Jahren infolge zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung verbessert haben, bleibt die Taiwan-Frage ein sicherheitspolitisches Pulverfass.

⁹ Siehe das Wall Street Journal vom 5. Oktober 2010, Seite 4: „PLA gains political clout. China's military extends foreign-policy reach; generals mouth off.“

¹⁰ Siehe Fußnote 2 über den Taiwan Relations Act.

Die zukünftige Strategie der Volksrepublik China kann sich in verschiedene Richtungen entwickeln, da es mehrere politische Strömungen in der chinesischen Führung gibt. Die Autoren des Pentagonberichts sehen drei unterschiedliche Denkschulen. Auf der einen Seite steht die traditionelle Leitlinie des ehemaligen Präsidenten Deng Xiaoping¹¹, die von imperialistischen Bestrebungen Abstand nimmt. China soll seine Stärke verbergen und keine zu große internationale Verantwortung übernehmen. Dagegen sind andere nicht näher definierte Entscheidungsträger der Auffassung, dass ein verstärktes internationales Engagement wünschenswert ist. Eine dritte Strömung redet einer aggressiveren Außenpolitik das Wort. Der Pentagonbericht erwähnt es zwar nicht, aber die Falken der chinesischen Außenpolitik werden oft im Militär verortet.

Die Militärstrategie der Volksrepublik hat sich aus Sicht des Pentagons ebenfalls drastisch verändert. Die Volksbefreiungsarmee definiert als übergeordnetes Ziel das Führen und Gewinnen von „lokalen Kriegen unter den Bedingungen der *Informatization*“. Des Weiteren sei eine „aktive Verteidigung“ anzustreben, bei der die theoretischen Grenzen zwischen Verteidigung und Angriff manchmal fließend sind. Der Pentagonbericht hält fest:

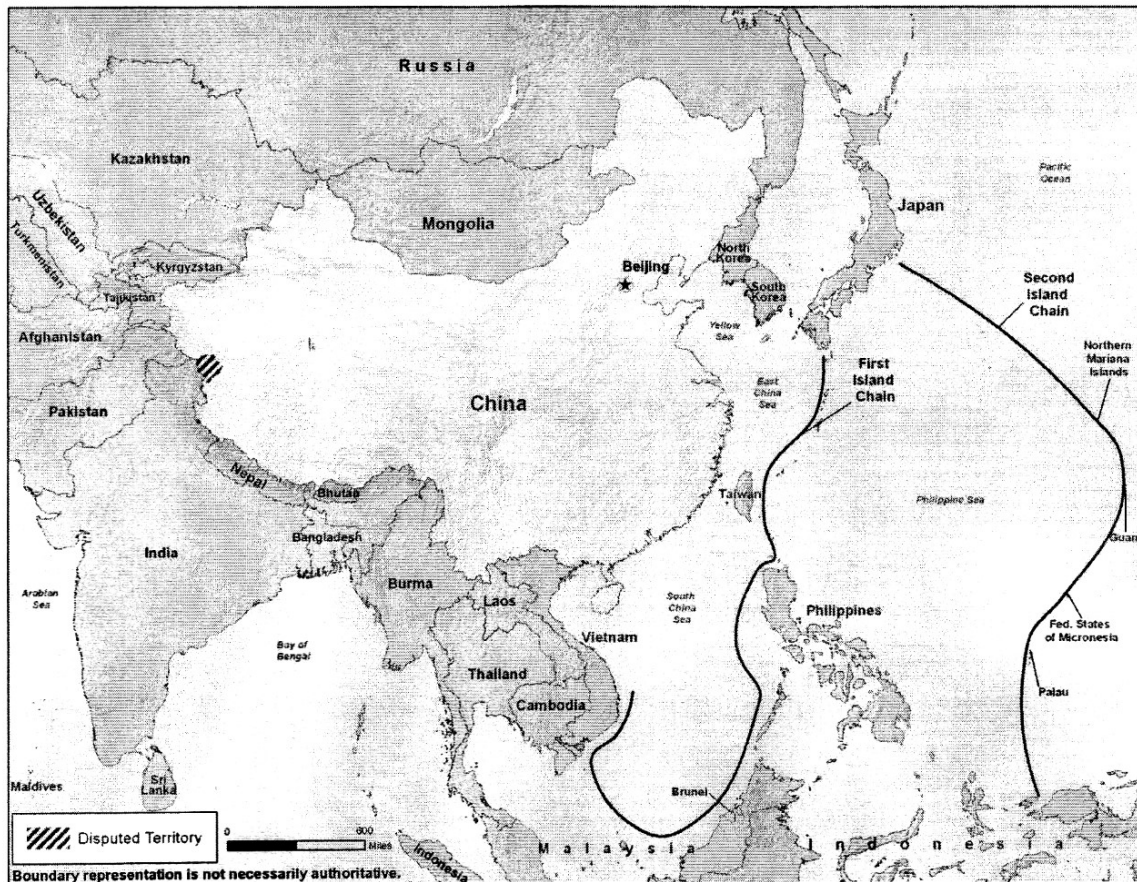
„These passages illustrate the ambiguity of PRC strategic thinking, as well as the justification for offensive - or preemptive - military action at the operational and tactical level under the guise of a defensive posture at the strategic level.“

Interessant ist auch die Doktrin der „three warfares“ oder „drei Kriegsorten“. Die chinesischen Strategen verstehen darunter psychologische, mediale und rechtliche Kriegsführung. Mit letzterer ist die Indienstrafe von internationalen und chinesischen Gesetzen zur Generierung von internationaler Unterstützung und zur Kontrolle möglicher politischer Folgen militärischer Aktionen Chinas gemeint. Peking verwendet diese Strategie vor allem in der Regelung seiner exklusiven Wirtschaftszone (exclusive economic zone, EEZ). Laut Pentagonbericht ist es Chinas Ziel, den international geltenden rechtlichen Status quo zu schwächen. Durch entsprechende nationale Gesetze, eine eigennützige Uminterpretation des internationalen Seerechts (UN Convention on the Law of the Sea, UNCLOS) sowie durch das Missachten jahrzehntelanger Praxis soll die internationale Minderheitsmeinung, wonach Küstenstaaten mehr exklusive Rechte haben, gestärkt werden.

Pentagonbericht: Kapitel 3 – Ziele und Ablauf der Modernisierung der Streitkräfte

Die Modernisierung der Streitkräfte folgt unter anderem dem Ziel der Erweiterung der operativen Reichweite. Bis 2020 soll die Grundlage für ein global einsetzbares und modernes Militär geschaffen sein. Ab der zweiten Hälfte dieser Dekade wird China über begrenzte Möglichkeiten zur dauerhaften Machtprojektion und Kriegsführung weit entfernt vom eigenen Territorium verfügen. Die Autoren des Pentagonberichts halten es jedoch für unwahrscheinlich, dass die Volksrepublik auf kurze Sicht in der Lage sein wird, über einen längeren Zeitraum und in großem Maßstab Truppen in heftigen Gefechten jenseits der zweiten Inselkette (siehe Karte 1.2) aufrecht erhalten zu können. Eine eindeutige Analyse der Modernisierung und Aufrüstung Chinas lässt erkennen, dass diese Bemühungen nicht nur auf den Taiwan-Disput abzielen. Die Bereitschaft für internationale Friedenseinsätze und Hilfsmissionen spiegelt sich ebenso wider, wie die dezidierte militärische Absicherung nationaler Interessen und die Intention zur weltweiten Machtprojektion.

¹¹ Deng Xiaoping leitete von 1979 bis 1997 die Geschicke der Volksrepublik China und vertrat die Ansicht, dass sich China nur mit tastenden Schritten langsam weiterentwickeln sollte (vgl. Sandschneider, Eberhard (2007): Globale Rivalen. Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens. S. 54ff.).



Karte 1.2: Die erste und die zweite Inselkette, die als Parameter für die chinesische Seeverteidigung dienen.¹²

Die „Anti-Access/Area-Denial“-Modernisierung zielt darauf ab, speziell im Falle Taiwans, bei einer militärischen Auseinandersetzung andere Mächte von einer Einmischung abzuhalten. In diesem Bereich liegen die Schwerpunkte auf Anti-Waffen-Systemen durch eine Variation aus Luft-, See- und Untersee-Streitkräften, aber auch auf der Nutzung der eigenen und Zerstörung der gegnerischen Weltraumsysteme. Ballistische Raketen werden ebenfalls massiv für diese Strategie eingeplant und stets weiterentwickelt. Ein weiterer besonderer Schwerpunkt dieser Doktrin ist die Kontrolle und die Dominanz des Informationsspektrums in allen Dimensionen des modernen Schlachtfeldes.

Strategische Modernisierung betreibt China auch bei seinem atomaren Arsenal, bei dem nicht nur die Qualität sondern auch die Quantität erhöht wird. Ebenfalls arbeitet Peking daran, bestehende und mögliche Raketenabwehrsysteme durch Erforschung neuer Möglichkeiten zu neutralisieren. Dabei besteht Chinas Politik darin, sich auf einen massiven Gegenschlag vorzubereiten, sollte ein Feindstaat die Volksrepublik mit Nuklearwaffen attackieren. Peking selbst vertritt da bei offiziell die sogenannte „no first use“ (NFU)-Politik, wird also keinen nuklearen Erstschatz durchführen und einen atomwaffenfreien Staat nicht mit Atomwaffen angreifen oder bedrohen.

¹² Quelle der Karte: Pentagon Report 2010: Military and Security Developments Involving the People's Republic of China, S. 23 (http://www.defense.gov/pubs/pdfs/2010_CMPR_Final.pdf [02.12.2010]).

Chinas Arsenal von konventionellen Präzisionswaffen

Im Dezember 2009 besaß die Volksbefreiungsarmee zwischen 1.050 und 1.150 Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von bis zu 1.000 km. Dabei ist ihr Arsenal langsamer gewachsen, als in den vergangenen Jahren. Während die älteren Exemplare aus den 1990er Jahren stammen und nicht als Präzisionswaffen bezeichnet werden können, sind die neueren Raketen auf einem sehr hohen Entwicklungsstand.

Die Volksbefreiungsarmee erwirbt inzwischen mehr Mittelstreckenraketen, um ihren Aktionsradius auszubauen. Insbesondere sollen damit weit entfernte Landziele, aber vor allem auch Flottenverbände inklusive Flugzeugträger erreicht werden können, die weit vor der chinesischen Küste operieren. Die Reichweite der Raketen liegt zwischen 1.000 und 3.000 km und soll das Gebiet bis zur ersten Inselkette abdecken.

Weiterhin erhöht China seine Anzahl an Marschflugkörpern zur Bekämpfung von Zielen am Boden. Im Dezember 2009 verfügte die Volksbefreiungsarmee über 200-500 Boden-Boden-Raketen. Außerdem arbeitet China an der Entwicklung von Luft-Boden-Raketen.

Im Arsenal der Boden-Angriffs-Munition kann die Volksrepublik bisher nur auf eine kleine Anzahl an taktischen Luft-Boden-Raketen, wie auch an Satelliten gestützten Bomben, Anti-Radar-Raketen und Laser gestützten Bomben zurückgreifen.

Die Volksbefreiungsarmee verfügt über ein dutzend verschiedener Raketenmodelle zur Bekämpfung von Schiffen, wobei sich das Entwicklungs- und Produktionstempo dieser Waffen innerhalb Chinas bzw. das Beschaffungstempo aus dem Ausland (meist aus Russland) in der vergangenen Dekade stark erhöht hat.

Weiterhin hat China seine wenigen Anti-Radar-Waffen aus Israel und Russland importiert und entwickelt diese nun selbst weiter. Insbesondere sollen diese Waffen künftig in die Jagdbomber der Luftwaffe eingebaut werden.

Die Volksrepublik entwickelt außerdem Artillerie-Systeme, welche eine Reichweite über die „Taiwanstraße“ hinaus besitzen sollen.

Weitere strategisch wichtige Entwicklungen werden im Bereich der Weltraumforschung erzielt. Die zivilen Weltraumprogramme haben somit immer auch militärische Bedeutung. China versucht seine bemannten Weltraummissionen auszubauen, was unter anderem auf eine dauerhaft bewohnte Raumstation bis zum Jahr 2020 abzielt. Letztendlich dient das Weltraumprogramm auch der Verbesserung von Navigations- und Kommunikationstechnik. Weiterhin werden Anti-Satelliten-Waffen nach dem erfolgreichen Abschuss eines eigenen Satelliten im Januar 2007 getestet und weiter erforscht. Dieses Programm soll der Erkennung und Zerstörung von Satelliten dienen.

Außerdem versucht China auf dem Gebiet der elektronischen Kriegsführung Vorreiter zu sein. Darin sind elektronische Gegenmaßnahmen, elektronische Verteidigung und elektronische Angriffe enthalten.

Machtprojektion

Für Chinas militärische Entwicklung und Etablierung als Regionalmacht sind zwei Nachbarstaaten und zwei Regionen von besonderer Bedeutung: Indien und Russland sowie Zentralasien und das Südchinesische Meer.

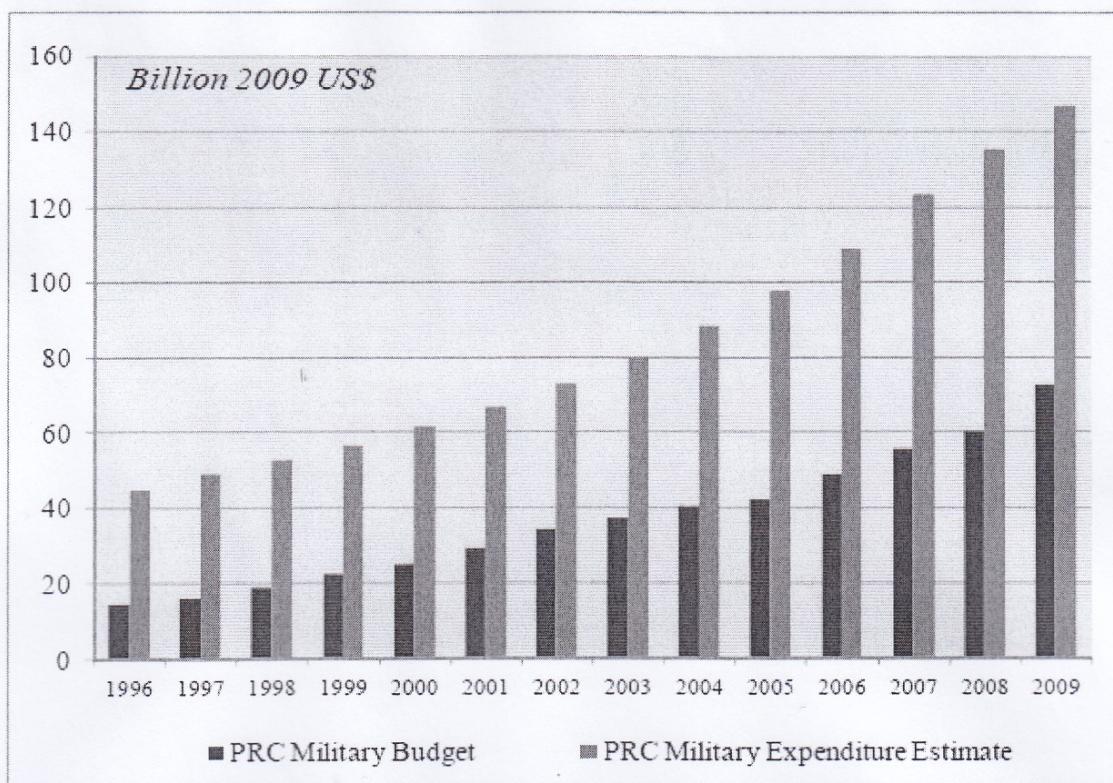
Die Beziehungen zwischen China und Indien haben sich durch steigenden Handel und regelmäßige Gespräche sowie Militärkontakte intensiviert. Dennoch dauern die Grenzkonflikte weiter an. Dies und die zunehmende wirtschaftliche, politische und militärische Macht Indiens beeinflussen die sicherheitspolitischen und militärischen Entscheidungen Chinas. Beispielsweise werden ballistische Mittelstreckenraketen in Westchina stetig erneuert, Luftstreitkräfte in die Region verlegt und der Straßenbau vorangetrieben. Letzteres erfolgt nicht nur aus militärischen Gründen, sondern auch für eine Vereinfachung der Handelsströme.

Russland bleibt international weiterhin der wichtigste Partner für China. Dennoch beobachten beide die Entwicklung des jeweils anderen mit Sorge. So sieht die Volksrepublik langfristig Russland sogar als militärische Herausforderung und obwohl China sich strategisch mehr in Richtung Süden und Osten orientiert, stationiert die Volksbefreiungsarmee einen bedeutenden Anteil ihrer Streitkräfte zur Abschreckung in nördlichen Landesteilen zu Russland.

In Zentralasien möchte China seinen Einfluss weiter ausbauen. Dazu hat die Volksrepublik mit zentralasiatischen Staaten Vereinbarungen für den Bau notwendiger Infrastruktur, beispielsweise zur Energieversorgung, geschlossen. Chinas Bemühen um Einfluss in Zentralasien findet seinen institutionellen Niederschlag in der 1996 gegründeten und 2001 erweiterten sowie umbenannten Shanghai Cooperation Organisation. Auch in den umstrittenen Gewässern des Südchinesischen Meeres erhebt China Machtansprüche. Zum einen möchte sich die Volksrepublik den Zugang zu den Öl-, Gas- und Fischereivorkommen sichern, zum anderen die für den Welthandel sehr wichtigen Seewege kontrollieren. Daher verstärkt China seine militärische Präsenz vor Ort durch Marine- und Luftstreitkräfte. Es wird erwartet, dass in absehbarer Zeit auch ein chinesischer Flugzeugträger in die Region entsandt wird.

Pentagonbericht: Kapitel 4 – Ressourcen für die Modernisierung

Seit mehr als zwei Jahrzehnten steigt der Rüstungshaushalt der Volksrepublik China stetig an. Im Durchschnitt wuchs das Budget des Militärs in den Jahren 2000 bis 2009 um 11,8 Prozent pro Jahr. Auch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese Entwicklung nicht beeinflusst. Im März 2010 kündigte die Führung in Peking an, das Budget erneut um 7,5 Prozent auf 78,6 Milliarden US-Dollar zu erhöhen, wobei diese Erhöhung sogar die niedrigste der vergangenen Jahre wäre. Allerdings ist diese Entwicklung stets zum Ende einer Fünf-Jahres-Plan-Phase zu erkennen. Das gesamte militärische Budget wird deutlich höher geschätzt, da die von China veröffentlichten Zahlen nicht alle militärischen Kategorien beinhalten. Die tatsächlichen Gesamtausgaben werden vom US-Verteidigungsministerium für 2009 auf über 150 Milliarden US-Dollar beziffert.



Grafik 1.1: Jährliches Militärbudget der Volksbefreiungsarmee und die geschätzten Ausgaben für das Militär in China von 1996 bis 2009 in Milliarden US-Dollar.¹³

Bei Chinas Rüstungsindustrie sind ebenfalls seit Beginn der 1990er Jahre gravierende Veränderungen durchgeführt worden. Besonderer Schwerpunkt ist die zivil-militärische Integration, so dass beide Seiten von den technologischen Errungenschaften des jeweils anderen profitieren. Die Prioritäten liegen dabei bei der Entwicklung von Raketen- und Weltraumsystemen, gefolgt von Entwicklungen bei der Marine und der Luftfahrt. Die Ausrüstung der Bodentruppen steht am Ende der Modernisierungsbemühungen. China konnte über die Jahre hinweg in vielen Bereichen Fortschritte machen, jedoch nur dank ausländischer Technologien. Hauptlieferant von Rüstungsgütern und -komponenten ist Russland. Die Europäische Union hingegen hält weiterhin am Waffenexportverbot, das seit dem Vorfall auf dem Tiananmen Platz 1989 besteht, fest. Peking intensiviert zunehmend seine Bemühungen bezüglich einer Lockerung dieses Embargos. Hinzu kommen diverse Fälle von Militärspionage seitens Chinas.

¹³ Quelle der Grafik: Pentagon Report 2010: Military and Security Developments Involving the People's Republic of China, S. 42 (http://www.defense.gov/pubs/pdfs/2010_CMPR_Final.pdf [02.12.2010]).

Pentagonbericht: Kapitel 5 – Sicherheit in der Taiwanstraße

2009 hat sich die Sicherheitslage kaum verändert. Pekings Doppelstrategie der Vertrauensbildung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des militärischen Drohpotentials wird fortgesetzt. Der bilaterale Handel wächst und Taiwans Teilnahme an internationalen Foren, die keine Staatlichkeit voraussetzen, ist nicht mehr automatisch ein rotes Tuch für die Volksrepublik.

Das amerikanische Verteidigungsministerium spricht sich an dieser Stelle erneut in Übereinstimmung mit dem Taiwan Relations Act gegen eine unilaterale Veränderung des Status Quo aus, was sowohl Peking als auch Taipeh meint. Letztendlich muss eine friedliche Lösung des Konfliktes gefunden werden, die von beiden Seiten akzeptiert werden kann. Zudem hält der Pentagonbericht fest, dass die USA ihre „Fähigkeiten zur Verteidigung gegen chinesische Gewaltanwendung oder Zwang gegenüber Taiwan aufrechterhalten“.¹⁴ Dies kann man indirekt als Beistandserklärung der USA gegenüber Taiwan verstehen. Der Taiwan Relations Act beinhaltet jedoch keine gesetzliche Verpflichtung der USA zum Beistand für Taiwan im Falle eines Krieges mit der Volksrepublik. Die amerikanische Haltung in dieser Frage wird deshalb oft als „strategische Ambiguität“ beschrieben, wonach die USA offiziell weder leugnen, noch bestätigen, dass sie im Falle eines Krieges auf Seiten Taiwans intervenieren würden.

Der Taiwan Relations Act erlaubt den Verkauf von defensiven Waffen an Taiwan. Im Januar 2010 gab die Obama-Administration bekannt, derartige militärische Ausrüstung im Wert von 6,4 Milliarden US-Dollar nach Taiwan liefern zu wollen. Als Reaktion darauf verweigerte sich Peking Kontakten mit hochrangigen Vertretern des Pentagons.

Der Pentagonbericht hält außerdem die „roten Linien“ der Volksrepublik fest, die für Peking Kriegsgründe darstellen:

- Formelle Unabhängigkeitserklärung Taipehs
- Nicht definierte Schritte hin zu einer Unabhängigkeit Taiwans
- Soziale Unruhen auf Taiwan
- Taipehs Erwerb von Nuklearwaffen
- Unbestimmte Verzögerungen bei der Wiederaufnahme des Wiedervereinigungsdialogs zwischen Taipeh und Peking
- Ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Taiwans
- Die Stationierung von ausländischen Truppen auf Taiwan

Artikel 8 des im März 2005 von Peking verabschiedeten „Anti-Sezessions-Gesetzes“ bestimmt unter anderem, dass die Volksrepublik „nicht-friedliche Mittel“ einsetzen kann, sofern es zu Ereignissen kommt, welche eine Wiedervereinigung unmöglich machen. Das Gesetz und die genannten „roten Linien“ der Taiwan-Politik Pekings sind allerdings nicht hinreichend genau formuliert, so dass sich die Volksrepublik damit ein gewisses Maß an Flexibilität sichert.

¹⁴ Der genaue Wortlaut auf Seite 49 des Pentagonberichts lautet: "In addition, the U.S. Department of Defense, through transformation of the U.S. Armed Forces and global force posture realignments, is maintaining the capacity of the United States to defend against Beijing's use of force or coercion against Taiwan."

Pentagonbericht: Kapitel 6 – Militärkontakte zwischen China und den USA

Bilaterale Gespräche zwischen den USA und China

2009 fanden sechs hochrangige Gespräche und Besuche zwischen den Streitkräften Chinas und der USA statt. Diese dienten der gegenseitigen Vertrauensbildung und künftigen Vermeidung von Missverständnissen.

Im April besuchte der US-Befehlshaber für Marineoperationen China und traf dort mehrere hochrangige Militärs, unter ihnen den Verteidigungsminister und den Befehlshaber der Marine. In den Gesprächen wurden weitere Kooperationen vereinbart, wie zum Beispiel auf dem Gebiet der Piraterie-Bekämpfung und bei künftigen gemeinsamen Such- und Rettungsübungen auf See.

Im Juni trafen sich Vertreter der USA und Chinas zu verteidigungspolitischen Beratungsgesprächen in Peking. Die Gespräche drehten sich vor allem um die Bedeutung von Kommunikation im Krisenfall und um die regionale Sicherheit in Bezug auf Krisenherde wie Nordkorea, Afghanistan, Pakistan und Iran. Zudem wurde über die immense Bedeutung von Transparenz in militärischen Fragen gesprochen.

Der US-Stabschef des Heeres besuchte China im August. Er traf Vertreter aus dem Außen- und Verteidigungsministerium und besuchte die Akademie der Militärwissenschaften. Thematisch ging es vor allem um die Sicht der chinesischen Führung bezüglich der regionalen Sicherheitssituation.

Im August und im Dezember diskutierten Experten beider Staaten über die operative und taktische Sicherheit auf See. Im Fokus stand die Sicherheit von Luft- und Seeeinheiten beider Streitkräfte, wenn sie in unmittelbarer Nähe zu einander operieren.

Im Oktober besuchte der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Militärkommission Chinas die Vereinigten Staaten. Beide Seiten erzielten Einigkeit über die Notwendigkeit gegenseitiger Kontakte und stellten eine Liste über geplante Begegnungen für 2010 zusammen. Insbesondere soll der Austausch auf dem Gebiet von Kultur und Sport, aber auch im Sanitätsdienst und bei den Unteroffizieren erweitert werden.

Im Dezember fanden bereits zum fünften Mal in Folge Koordinierungsgespräche über die Verteidigungspolitik beider Länder statt. Es ging erneut um Wege der weiteren Zusammenarbeit und die Vertiefung des bilateralen Vertrauens. Vor allem wurden Lösungen für gemeinsame Probleme gesucht. Zudem tauschten beide Delegationen ihre Positionen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen aus.

Pentagonbericht: Inhalt des Anhangs

Der Pentagonbericht wird mit mehreren Anhängen ergänzt. Im ersten Teil vergleichen die Autoren die Streitkräfte Chinas mit denen von Taiwan. Die Karten und Tabellen zeigen die eindeutige Übermacht der militärischen Streitkräfte Chinas über die Taiwans. Allein die chinesischen Bodentruppen, die im Gebiet der „Taiwanstraße“ stationiert sind, übersteigen das Potential Taiwans um etwa das Dreifache. Ähnlich sieht es auch bei der Marine aus. Hier stehen der Volksbefreiungsarmee mit ihrer Ost- und Südmeerflotte etwa doppelt so viele Einheiten zur Verfügung wie Taiwan. Nur bei den Luftstreitkräften ist die Dominanz Chinas nicht übermäßig groß. Hinzu kommen jedoch noch ballistische Kurz-, Mittel- und Langstreckenraketen systeme, gegen die Taiwan keine Verteidigung besitzt. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass diese Streitkräfte an der „Taiwanstraße“ weniger als die Hälfte der Gesamtstreitkräfte Chinas ausmachen. Aus diesem Zahlenmaterial lässt sich eindeutig ablesen, dass Taiwan im Falle eines militärischen Konfliktes mit China ohne fremde Hilfe keine Chance hätte.

Im zweiten Anhang werden die Militär-zu-Militär-Kontakte zwischen der Volksrepublik und den Vereinigten Staaten für das Jahr 2009 näher beleuchtet. Unter den gut 40 aufgelisteten Kontakten ist hervorzuheben, dass die kontinuierlichsten Absprachen im Bereich der „Anti-Piraterie-Einsatzgruppen“ im Golf von Aden stattfanden. Eine Intensivierung dieser Kooperationen ist für 2010 vorgesehen. Bereits in der Planung befanden sich gute 60 Treffen. In einer weiteren Übersicht finden sich 19 Staaten, die 2009 von der chinesischen militärischen Führung besucht wurden, darunter auch die USA und Deutschland. Zudem werden 39 Staaten genannt, deren militärische Führungen 2009 in China zu Besuch waren, darunter erneut die USA und Deutschland. Diese Zahlen zeigen außerdem, dass sich China mehr und mehr in militärischen Fragen um Transparenz bemüht.

Schlussbemerkung

Der Bericht des Pentagons entfachte in China umgehend Kritik. Das Verteidigungsministerium in Peking erklärte, der Bericht sei den Beziehungen zwischen beiden Ländern „nicht zuträglich“. Chinesische Verteidigungsexperten bezeichneten den Pentagonbericht als „nicht professionell“ und „aggressiv“. Diese Darstellung entspricht aber nicht den Tatsachen. Der Bericht ist inhaltlich überzeugend und hat einen moderaten Ton. Er setzt sich zudem für eine Wiederaufnahme der von China gekappten Militärkontakte ein. Das amerikanische Verteidigungsministerium spricht der Volksrepublik auch nicht das Recht auf „friedliche Entwicklung“ und eine „defensive nationale Verteidigungspolitik“ ab.¹⁵ Es kritisiert aber zu Recht Pekings Drohkulisse und Mangel an sicherheitspolitischer Transparenz. Die militärische Bedrohung Taiwans durch die Volksrepublik erscheint in dem Pentagonbericht nicht übertrieben, sondern orientiert sich an der realen Feuerkraft, die sich auf chinesischem Festland befindet und auf Taiwan gerichtet ist. Mit der Geheimhaltung um den Ausbau seiner militärischen Fähigkeiten löst China Unsicherheiten aus, die das Potential von Missverständnissen und Fehlkalkulationen in der Tat vergrößern. Die Andeutung, dass Peking zunehmend weltpolitische Ambitionen hegt, ist ebenso wenig aus der Luft gegriffen und spiegelt sich in den auf globale Machtprojektion ausgerichteten Rüstungsanstrengungen klar wider: China hat seine Investitionen in den Bereichen Nuklearwaffen, Langstreckenraketen, U-Boote, Flugzeugträger, Weltraum und Kriegsführung im Cyberspace signifikant aufgestockt.

¹⁵ Vgl. Spiegel Online Artikel vom 18.08.2010: Pentagonbericht verärgert Chinas Führung (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,712406,00.html> [02.12.2010]).

Die heftige Kritik von chinesischer Seite scheint in erster Linie damit zu tun zu haben, dass Peking sein wachsendes politisches Gewicht nicht an die große Glocke hängen möchte. Die Volksrepublik scheint zudem der Fehlwahrnehmung zu unterliegen, dass ein Mehr an Transparenz in militärischen Angelegenheiten den Eindruck einer zunehmend bedrohlichen Großmacht schürt. Dabei hat Peking selbst in den vergangenen Jahren den Umgang mit militärischen Informationen gelockert im Bemühen um Vertrauensbildung. Diesen Weg sollte die Volksrepublik weiter beschreiten.

Fairerweise muss hier auch hinzugefügt werden, dass der außenpolitische Kurs der chinesischen Regierung bisher einem relativ nüchternen Pragmatismus gefolgt ist. Peking betreibt weder eine blinde Machtpolitik, die von realpolitischen Verhältnissen abstrahiert, noch wartet es mit bewaffneten Schnellschüssen bei wahrgenommenen Provokationen auf. Allerdings zeigt sich die Volksrepublik in außenpolitischen Dingen in der Tat zunehmend unbefangen und in Einzelfällen unverhältnismäßig. Zuletzt konnte man dies im vergangenen September beobachten. Wie ein vor kurzem bei Youtube veröffentlichtes Video zeigt, rammte in umstrittenen Gewässern im ostchinesischen Meer ein chinesischer Kapitän mit seinem Boot ein japanisches Marineschiff.¹⁶ Die anschließende Festnahme des Kapitäns durch die japanische Marine löste eine schwere diplomatische Krise zwischen beiden Ländern aus und wurde von Peking mit einem unverhältnismäßigen Powerplay beantwortet: Es ließ kurzerhand die Exporte von sogenannten seltenen Erden nach Japan aussetzen. Seltene Erden sind als Rohstoffe für Zukunftstechnologien unerlässlich und stammen zu über 90 Prozent aus China. Peking missbrauchte somit sein Quasi-Monopol auf diese wirtschaftliche Ressource, um gezielt politischen Druck auf Tokyo auszuüben. Das Angebot von Washington in dem Konflikt zu vermitteln, wurde von der Volksrepublik umgehend zurückgewiesen. Auch Deutschland und Europa sind von derartigen chinesischen Machtdemonstrationen betroffen und müssen sich in Zukunft auf eine Zunahme derselben gefasst machen.

Dass das neue chinesische Selbstbewusstsein aber nicht zwangsläufig zu einer militärischen Konfrontation mit den USA führen muss, unterstreicht die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung beider Staaten. Zwar dürften die bilateralen Streitpunkte im Zuge verstärkter Interaktion eher zunehmen als abnehmen, doch erhöht intensiver wirtschaftlicher Austausch die Kosten eines Krieges beträchtlich. Freier Handel ist somit nicht nur ein liberales Desiderat, sondern hilft auch das militärische Konfliktpotential zu mindern. Die Notwendigkeit von flankierenden politischen Schritten bleibt aber auch bei intensiven wirtschaftlichen Beziehungen weiterhin bestehen. Mehr Transparenz in der Rüstungspolitik der Volksrepublik würde ohne Zweifel zur Vertrauensbildung auf Seiten der USA beitragen. Eine Verbesserung der chinesischen Menschenrechtssituation würde der KP ein menschlicheres Antlitz verleihen und somit auch außenpolitisch positive Wirkung zeitigen. Intensive Austauschprogramme zwischen Militärs, Studenten und den Zivilgesellschaften wirken in der Regel auch konfliktthemmend. Der ständige Dialog zwischen den USA und China muss fortgeführt und vertieft werden. Dies betrifft auch die Staaten im direkten Umfeld der Volksrepublik wie Japan, Korea, Taiwan und die ASEAN-Staaten. Sie müssen sich aktiv an sicherheitspolitischen Gesprächen beteiligen und dürfen nicht zu Spielbällen der beiden Großmächte USA und China werden.

Anlässlich Barack Obamas Asienreise, deren Stationen ein deutliches Signal an Peking sendeten (Obama besuchte vier befreundete Demokratien in der unmittelbaren Nachbarschaft Chinas:

¹⁶ Tokyo und Peking, wie auch Taipeh, beanspruchen die reichen Fischgründe rund um die unbewohnte Inselkette, die die Chinesen Diaoyu und die Japaner Senkaku nennen. In dem Gebiet werden umfangreiche Öl- und Gasvorkommen vermutet.

Indien, Indonesien, Japan und Südkorea), ließen die USA bereits verlauten, dass sie auf ihrem Führungsanspruch in Asien beharren. Verteidigungsminister Robert Gates sagte im November, man prüfe die Möglichkeiten zur Stärkung der militärischen Präsenz in Asien, zusätzliche Militärstützpunkte seien aber nicht geplant.¹⁷

Eine aktive und strategisch geleitete Außenpolitik sollten sich auch die Bundesrepublik und die Europäische Union verstärkt zum Ziel machen. Die Weltordnungsvorstellungen zwischen Peking und Berlin/Brüssel divergieren stark, ungeachtet des historisch beispiellosen Maßes an Freiheit in der chinesischen Gesellschaft von heute. Die KP hält weiterhin an ihrem Machtmonopol fest und die Umsetzung der Menschenrechte bleibt mangelhaft. Liberale Werte wie persönliche Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat dürfen indes nicht verhandelbar sein. Zwar finden auch in China Reformdebatten statt, doch deren Ausgang ist ungewiss. Deutschland und die EU können diese Prozesse unterstützend begleiten, indem sie die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit China unter Beachtung der eigenen fundamentalen Werte vertiefen.

Letztendlich muss sich auch das Denken aus der Zeit des Kalten Krieges in den Köpfen vieler Politiker verändern. Strategische Fehler, die zu krisenhaften Zuspitzungen und militärischen Desastern geführt haben, müssen im 21. Jahrhundert vermieden werden. Die Entwicklung und Aufrüstung Chinas münden nicht in einen Konflikt, sofern sie durch die oben genannten Handlungsoptionen in verantwortungsvolle und friedenssichernde Bahnen gelenkt werden. Die Volksrepublik muss sich allerdings als Macht etablieren dürfen und mehr Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk sowie der internationalen Gemeinschaft zeigen.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org

¹⁷ Siehe <http://derstandard.at/1288659704042/Gates-USA-wollen-ihre-Militaerpraesenz-in-Asien-staerken> [02.12.2010].